



# Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

05.8352.02

WSD/P058352  
Basel, 18. Oktober 2006

Regierungsratsbeschluss  
vom 17. Oktober 2006

## Kleine Anfrage Ernst Jost betreffend 'Staatsbesuch'

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 19. Oktober 2005, die nachstehende Kleine Anfrage betreffend 'Staatsbesuch' dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Bürgernähe, Transparenz, Öffentlichkeitsprinzip: das sind Anliegen, die konstant an Politik, Staat und Verwaltung gestellt werden. Um diesen Anliegen für einmal demonstrativ und plakativ etwas zu bieten, scheint dem Fragesteller die Idee eines ‚Staatsbesuches‘ prüfenswert.

Ähnlich wie bei der Nacht der Museen, die ja alljährlich einen grossen Zulauf hat, könnten Regierung und Parlament mit den zugehörigen Diensten, die Verwaltung und auch die Gerichte gleichzeitig und an einem genau definierten Datum die Einwohner und Einwohnerinnen dazu einladen, ihren Staat an seinen Wirkungsorten zu besuchen. Dabei könnten die Türen zu sonst nur beschränkt zugänglichen Räumlichkeiten geöffnet und auch die einzelnen Institutionen und ihre Arbeit vorgestellt werden.

Die Ausgestaltung dieses Anlasses im Einzelnen bliebe für ein erstes Mal der Phantasie der Einladenden überlassen, für allfällige Nachfolgeveranstaltungen könnten auch Wünsche der Eingeladenen berücksichtigt werden.“

Wir beantworten diese Kleine Anfrage wie folgt:

**Vorbemerkung:** Unter "Staatsbesuch" ist im vorliegenden Fall nicht der "Besuch eines Staatsoberhauptes bei einer andern Nation" (Definition Wikipedia) gemeint, sondern der Besuch der Öffentlichkeit beim Staat, also ein Tag der offenen Türe.

Grundvoraussetzung der Demokratie ist die Transparenz des Staates. Die Stimmberechtigten müssen verstehen, was der Staat tut, wofür er das Steuergeld verwendet und sie müssen die Gewissheit haben, dass die staatlichen Dienstleistungen möglichst effizient erbracht werden. Ist diese Gewissheit vorhanden, besteht Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Um dieses Vertrauen zu gewinnen, werden sehr viele Anstrengungen unternommen: Laufende Informationen über die Arbeit des Regierungsrates und der Verwaltung durch Mediencommuniqués und Medienkonferenzen, unzählige Publikationen, die sich an ein spezifisches Publikum richten, publikumsnahe Internetauftritte mit einem reichhaltigen Informationsangebot, aber auch der Möglichkeit, Geschäfte am Bildschirm abzuwickeln (e-Government). Einzelne Betriebe mit besonders interessanten Angeboten führen zudem regelmässig Öffentlichkeitsveranstaltungen durch (Rettungsdienste, Kantonspolizei, Staatsarchiv, Kantonales

Labor, Archäologische Bodenforschung, Dreispitzverwaltung, Untersuchungsgefängnis, Spitäler, Zeughaus, usw.), die den Vorstellungen des Fragestellers nahe kommen. Zudem besteht seit dem Jahr 1997 der Stadtladen, der zahlreiche Dienstleistungen niederschwellig und bürgerfreundlich erbringt. Dazu kommt ein ausgebautes Internet-Angebot ([www.bs.ch](http://www.bs.ch)), das unter dem Stichwort "e-Government" nicht nur Informationen anbietet, sondern auch Hilfestellung bei der Erledigung von Geschäften mit der Verwaltung bietet.

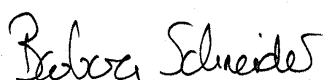
Alle diese Informations- und Marketinganstrengungen sind in den letzten Jahren sehr stark intensiviert worden, ja es wurde vereinzelt und sogar im Parlament Kritik laut, der Staat gäbe zu viel Geld für die Öffentlichkeitsarbeit aus.

So darf heute mit Befriedigung festgestellt werden, dass der Informationsstand der Bevölkerung über die staatlichen Institutionen und deren Leistungskatalog zufriedenstellend ist, vor allem aber, dass die Wege von der Bevölkerung zur Verwaltung kurz sind. Die baselstädtische Verwaltung handelt - nicht zuletzt auf Grund der Überschaubarkeit der Kantons - bürgerfreundlich und bürgerorientiert.

Es ist zudem zu beachten, dass es bei einem Grossteil der staatlichen Aktivitäten wenig zu sehen gibt, es sei denn die - oft historischen - Räumlichkeiten. (Es darf in diesem Zusammenhang auf die vor zehn Jahren eingeführten öffentlichen Gratis-Führungen durch das Rathaus und die speziell auf Blinde und Sehbehinderte ausgerichtete Rathausführungen hingewiesen werden). Ein flächendeckender Tag der offenen Türe würde deshalb wenig Spektakuläres anbieten können, der Aufwand dafür wäre aber trotzdem sehr gross. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die grossen Firmen an ihren Tagen der offenen Tür ihre Labors und Produktionsanlagen öffnen, nicht aber die Verwaltungsgebäude (siehe Tag der offenen Tür der Roche vom 23. September 2006).

Auf Grund dieser Ausführungen kommen wir zum Schluss, dass das Begehren des Antragstellers auf intensive Öffentlichkeitsarbeit des Staates im Hinblick auf Bürgernähe und Transparenz auch in Zukunft im Auge zu behalten ist, dass Tage der offenen Tür aber nur bedingt und punktuell geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen. Viele Bereiche staatlicher Tätigkeit müssen auf andere Weise vermittelt werden, was schon heute in erheblichem Umfang getan wird.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Barbara Schneider  
Präsidentin



Dr. Robert Heuss  
Staatsschreiber